

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Bräuerarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Ragerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1187. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 M., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Schiffsburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: Seb. Paul, Frankfurt a. M., Gainerweg Nr. 9, 1. Etage. — Vorsitzender der Preis-Kommission: K. Schäfer, Linden-Hannover, Marktstraße 1, 2. Etage.

Nr. 40.

Hannover, den 30. September 1898.

8. Jahrgang.

Bekanntmachungen.

Bräuerarbeiter, vergeßt die Streitenden und Ausgesperrten nicht! Alle Gelder, mit Ausnahme der in Mannheim und Erfurt gesammelten, sind an den Hauptvorstand zur besseren Regelung der Unterstützung einzusenden. Sammelisten können vom Hauptvorstand bezogen werden.

Wir machen die nachfolgenden Zahlstellen nochmals auf die dort stattfindenden Versammlungen aufmerksam, in welchen Kollege Bauer auf seiner Agitationstour referiren wird, und ersuchen die Mitglieder, Alles aufzubieten, um die Versammlungen gut besucht und erfolgreich zu gestalten. Für Versammlungsort und rechtzeitige Anmeldung haben die Vorstände unserer Zahlstellen zu sorgen.

Die Versammlungen sollen fortlaufend an nachfolgenden Orten und Tagen stattfinden:

Freitag	30. September	in Freising,
Sonntag	1. Oktober	in München,
Sonntag	2. "	Nachm. 3 Uhr in Augsburg
		und Ab. 7 Uhr in Ulm,
Montag	3. "	in Schwab. Gmünd,
Dienstag	4. "	in Eßlingen,
Donnerstag	6. "	in Sintiart,
Freitag	7. "	in Heilbronn,
Sonntag	8. "	in Würzburg,
Sonntag	9. "	in Schweinfurt,
Montag	10. "	in Coburg,
Dienstag	11. "	in Sonneberg,
Mittwoch	12. "	in Eisfeld,
Donnerstag	13. "	in Meiningen,
Freitag	14. "	in Eisenach.

Die geehrten Post-Abonnenten werden gebeten, für das nächste Quartal und fernerhin nicht mehr bei der Post in Linden, sondern in Hannover zu abonniren.

Expedition der „Bräuer-Zeitung“.

Verbandstag der Bräuerarbeiter der Schweiz

im „Volkshaus“ in Bern am 9. und 10. Oktober 1898, präzis 9¹/₂ Uhr Vorm. Tagesordnung:

1. Prüfung der Mandate.
2. Wahl des Tagesbureaus und Geschäftsprüfungs-Kommission.
3. Bericht des Zentralvorstandes.
4. Rassenbericht.
5. Allgemeine Anträge der Sektionen.
6. Statuten-Revision.
7. Wahl des Vorortes.
8. Verschiedenes.

Die frühere Einberufung des Verbandstages ist notwendig geworden, weil die Unterstützung im vorigen Jahre im Verhältnis zur Organisation und zu den Beiträgen etwas zu hoch gesetzt wurde. Mälzereien giebt hier sehr wenig, die Arbeitslosigkeit ist demzufolge im Winter größer, und würden die Ansprüche die Leistungsfähigkeit des Verbandes übersteigen.

Der Zentralvorstand.

Sächsische Fabrikinspektion 1897.

II.

Zum Glück merkte die Arbeiterschaft, daß es mit der günstigen Konjunktur bald vorbei war, und sie beeilte sich, noch in letzter Stunde ihren Antheil durch zahlreiche Lohnbewegungen geltend zu machen, die meist erfolgreich endeten. Die bedeutendsten und vielbesprochensten waren der Stuhlarbeiterstreik zu Geringswalde und der Leipziger Maurerstreik. In Dresden freilich auch die Arbeiter in den Böttchereien um eine 15prozentige Lohnerhöhung. Der Leipziger Beamte berichtet: „Die Organisation der Arbeiter zieht immer weitere Kreise und ist zumeist auf statistische Erhebung sowie Verbesserung von Arbeitsbedingungen in verwandten Betrieben, Unterstützung der in den Lohnkampf eingetretenen Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit und auf den Arbeitsnachweis gerichtet.“ Natürlich wäre es

verfehlt, darin mehr als eine bloße Registrierung von Thatsachen zu sehen, denn Sympathieen hat der Leipziger Gewerberath für die Arbeiterorganisationen nie übrig gehabt. Wenn auch seine Streikberichterstattung diesmal etwas objektiver ausgefallen ist, so läßt er es sich doch nicht entgehen, mit einer gewissen Bemühtung auf einen Streik in einer sozialdemokratischen Genossenschaftsbäckerei hinzuweisen und die zahlreichen Ausschreitungen und Bestrafungen beim Leipziger Maurerstreik hervorzuheben. Nur irrt er sich, insofern die Leipziger Genossenschaftsbäckerei mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu thun hat, und hinsichtlich des Maurerstreiks vergißt er hinzuzufügen, daß die polizeilichen Koalitionsbeschränkungen die Ausständigen erbittern mußten. Die Beamten von Chemnitz und Zwickau hingegen haben in ihren Bezirken nichts von Streikauschreitungen bemerken können; dort hat man aber auch nichts von derartigen Polizeimaßnahmen gehört — daher die Gesekesliebe der Arbeiter.

Der Arbeiterinnenschutz stößt nur noch auf geringen Widerstand; die Unternehmer haben sich allmählich damit vertraut gemacht, zumal ihnen die Ausnahmen jetzt weit besser bekannt sind. Auch haben diejenigen Fabrikanten, denen die Hausindustrie zur Verfügung steht, sich in steigendem Maße der Anwendung des Arbeiterinnenschutzes entzogen; eine Vermehrung der Hausindustrie wird in mehreren Berichten festgestellt. Die Arbeiterinnenschutzvergehen sind in stetem Rückgange begriffen, im Berichtsjahre wurden nur noch 291 derartige Vergehen in 258 Anlagen ermittelt, es wurden aber nur neun Personen bestraft. Inbezug scheint bei manchen Behörden noch keine Klarheit über den Arbeiterinnenschutz zu herrschen, sonst könnte es nicht vorkommen, daß im Bezirk Freiberg ein Unternehmer zwei als Dienstmädchen angenommene weibliche Personen in Alford über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigte und trotzdem nicht angezeigt wurde. Wir meinen, daß Personen, die im Gewerbebetrieb beschäftigt, gewerbliche Arbeiter sind und für die Dauer ihrer gewerblichen Arbeit der Gewerbeordnung unterstehen. Welsch wird der Arbeiterinnenschutz dadurch umgangen, daß den bereits 11 Stunden beschäftigten Fabrikarbeiterinnen Arbeit noch mit nach Hause gegeben wird. Da gegen diesen Unfug keine bestimmte Gesetzesvorschrift vorhanden ist, so empfehlen mehrere Berichte eine Erweiterung des Gesetzes nach dieser Richtung.

Die Ueberarbeitsbewilligungen für Längerbeschäftigte erwachsener Arbeiterinnen sind um ein Geringses zurückgegangen. Es wurden im Berichtsjahre an 742 (823) Betriebe für 69 259 (75 312) Arbeiterinnen 1 174 086 (1 195 080) Ueberstunden bewilligt, darunter für 40 (39) Betriebe und 4 158 (2884) Arbeiterinnen der Nahrungsmittel-Industrie 234 594 (178 585) Ueberstunden. Man sieht daraus, daß es die Unternehmer dieser Industrie verstehen, von Jahr zu Jahr immer mehr Ueberarbeit herauszuschlagen, und während im Gesamtdurchschnitt auf jeden Betrieb nur 1582, auf jede Arbeiterin 16,9 Ueberstunden entfielen, erhielt im Durchschnitt jeder Betrieb der Nahrungsmittelindustrie 5865 Ueberstunden und jede Arbeiterin mußte deren 56,4 leisten, wovon der größte Theil auf die Schokoladen- und Zuckerwaarenfabriken kommt. Von den sonnenabendlichen Ueberstunden, an denen 78 (76) Betriebe und 3007 (3532) Arbeiterinnen theilhaftig sind, entfallen allein 87% auf die Textilindustrie und 67% auf den Bezirk Aue, woraus die ungleiche Handhabung dieser Ausnahmen auffällig hervorsticht. Eine oberbehördliche Einflussnahme wäre hier endlich einmal zu wünschen. Im Bezirk Freiberg ereignete sich wieder einmal ein Fall, der die dringende Nothwendigkeit eines verstärkten Arbeiterinnenschutzes gegen unsittliche Angriffe beweist. Dort wurde ruckbar, daß ein Fabrikleiter sich öfters Arbeiterinnen auf Komptoir rufen ließ, die Thür und Kouleaur verschloß und sich dann gegen Bezahlung an ersteren unsittlich verging. Die behördliche Untersuchung bestätigte dies, doch wurde gegen den Direktor nicht eingeschritten, weil ihm keine „strafbare“ Handlung nachzuweisen war. Freilich, denn die Ehre der Arbeiterinnen ist ja käuflich wie ihre Arbeitskraft, daß die Betreffenden sich aber den Gelüsten des Vorgesetzten vielleicht aus Noth oder aus Furcht vor Entlassung hingeben haben könnten, das kommt natürlich gar nicht in Betracht. Eine Erweiterung des § 174 d. R.-Str.-G. wäre hier sicher am Platze.

Schwerer gewöhnt sich das Unternehmertum an den gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz, weil dessen weitgehende Beschränkungen sich weniger leicht in die Ordnung ihrer Betriebe einfügen. Besonders die sechsstündige Arbeitszeit für Kinder unter 14 Jahren wird unangenehm empfunden, und während die Verständigeren überhaupt auf die Einstellung von Kindern unter 14 Jahren verzichten und eine Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Zeitpunkte im Interesse der Erziehung fordern, verlangen Andere, die das Aufhören der Kinderausbeutung noch nicht verschmerzen können, die Freigabe der Kinderarbeit und Zulassung zu zehnstündiger Beschäftigung nach ärztlichem Urtheil, wohl wissend, daß es genug Fabrikärzte giebt, die keinerlei Bedenken hegen, Kinder genau so lange wie Erwachsene ausnützen zu lassen. Am meisten macht das ländliche Unternehmertum dem Kinder- und Jugendschutz Schwierigkeiten. Da lassen sich die Eimen von gesekesunkundigen Gemeindevorstehern Arbeitskarten für Schulkinder ausstellen, trotzdem diese seit 1892 abgeschafft sind, während Andere Schulkinder als Laufjungen annehmen, sie aber dann in der Fabrik manchmal sogar auf Stücklohn beschäftigen. Viele Unternehmer kümmern sich den Teufel um die sechsstündige Arbeitszeit für nichtschulpflichtige Kinder, in der Erwartung, daß ihr Betrieb in den paar Wochen-Joder Monaten, bis das Kind das 14. Jahr erreicht hat, wohl schwerlich revidirt wird. Im Bezirk Meißen wurden aus einer Brauerei Schulkinder herausgeholt, die dort zum Faßschwenken benützt wurden. Auch der Zittauer Bericht meldet zahlreiche Verstöße aus Brauereien. Dort kam es auch zur Kenntniß der Inspektion, daß jugendliche, im Alford beschäftigte Arbeiter häufig die Arbeitsdauer überschreiten und sich auch nicht um die Pausen kümmern. Merkwürdiger Weise wollten weder der Unternehmer noch die Werkmeister irgend welche Verantwortung für solche Ungehelichkeiten übernehmen. Eine energische Bestrafung würde ihnen aber ihre Verantwortung schon zu Gemüthe führen.

Die Unfallsstatistik zeigt ein neues Anwachsen der Unfälle von 16 145 im Vorjahre auf 17 694*) im Berichtsjahre, also eine Zunahme von 9,6%, an, während die Arbeiterzahl nur um 5,4% stieg. Auch die tödtlichen Unfälle haben zugenommen (von 111 auf 132 = 19,1% mehr), der beste Beweis, daß das Märchen von der Zunahme bloß der leichten Unfälle in Folge häufigerer Meldung der geringfügigsten Verletzungen keinen Glauben verdient. Während nun die meisten Berichte sich bezeichnender Weise über die Ursachen der steten Unfallssteigerung ausschweigen, konstatiren die Beamten für Annaberg und Aue mit anerkennenswerther Scharfsicht und Offenheit, daß die häufigen und schweren Unglücksfälle auf das hastige Arbeiten in Folge der Alfordarbeit an gefährlichen Maschinen, sowie die Verwendung völlig ungeeigneter Leute, die nicht einmal die primitivsten Handgriffe kennen und oft auch auf die überlange Arbeitszeit zurückzuführen sind. Sie haben deshalb an solchen Maschinen die Beschäftigung im Zeitlohn empfohlen, worum sich natürlich die wenigsten Unternehmer kümmern werden. Auch die Brauerei zählt zu den gefahrvollsten Berufen; hier ist es neben der Betriebsgefahr an sich namentlich die lange Arbeitszeit und die Untreibeerei, die mittelbar zu zahlreichen Unfällen führt. Neben einer Anzahl mit dem Fuhrwerksbetrieb verknüpfter Unfälle waren besonders Abstürze, Verklemmungen, Blutvergiftungen und Explosionen in Brauereien die direkten Anlässe. Besonders kommen noch häufig Unfälle an den Aufzügen vor, oft nicht ohne Schuld des Personals, das Aufzüge zum Personentransport benützt trotz vorgängigen Verbotes; aber die Eile im Betrieb und die üble Gewohnheit, der durch keine genügende Beaufsichtigung gesteuert wird, kann auch hier zur Entschuldigung dienen. Blutvergiftungen kamen u. A. im Bezirk Leipzig bei einem im Lagerkeller mit dem Reinigen der Kühlrohre beschäftigten Brauereiarbeiter (durch Eindringen von Rost in eine Nasenwunde) und bei einem im Bezirk Zwickau beschäftigten Kellereiarbeiter einer Bierhandlung (durch Entstehung von Magenkrebs nach einer Verletzung) vor, beide Fälle verließen tödtlich.

Im Bezirk Leipzig beschwerten sich mehrere Brauerei-

*) Ausschließlich der Unfälle im sächs. Bergbau, deren 4151, darunter 42 tödtliche, gemeldet wurden.

besitzer und Leiter, daß die Beauftragten der Berufs-
genossenschaft weitergehende Forderungen hinsichtlich der
Aufsicht stellen, als die bereits durchgeführten ministe-
riellen Bestimmungen und frugen an, ob dem nach-
gekommen werden müsse. Diese Frage wurde bejaht,
da die Berufsorganisationen zum Erlaß weitergehender
Vorschriften berechtigt sind, sobald diese bloß nicht gegen
die des Ministeriums verstoßen. Der Plauen'sche Be-
amte hat ein erfreuliches Augenmerk auf die Schlafr-
räume in Brauereien gehabt und berichtet darüber:
Von dem Vorhandensein ungenügender Wohn- und
Schlafräume in einer Brauerei erhielt die Inspektion
durch einen Braugehilfen Mitteilung, der nach seiner
Angabe vom Brauereibesitzer entlassen war, weil
er ihm Vorstellungen über die Mängel
dieser Räume gemacht hatte. Bei der Erörterung
waren zwar die hauptsächlichsten Mängel bereits
beseitigt, jedoch machten sich Verbesserungen in mehr-
facher Hinsicht nötig. So wurde angeordnet, den einen
Schlafraum mit einem größeren Fenster, den anderen mit
einem zweiten Fenster zu versehen, den Fußboden in ersterem
Raum auszubessern und durch doppelten Boden oder
von unten angebrachte Deckleisten gegen den unteren
Lagerraum dicht abzuschließen, sowie den Raum in der
kalten Jahreszeit Nachts geschlossen zu halten und den
in der Brauerei wohnenden Arbeitern je einen Kleider-
schrank zur Verfügung zu stellen; auch die Wohn- und
Schlafräume genügend oft, wenigstens wöchentlich ein-
mal gründlich reinigen zu lassen. In anderen Braue-
reien waren die Wohn-, Schlaf- und Aufenthaltsräume
in befriedigendem Zustande, auch waren in 2 Brauereien
Badeeinrichtungen vorhanden und in einer auch Betten
für die außerhalb wohnenden Arbeiter zum Ausruhen
in Pausen während längerer Arbeitszeit. Mehrfach
müßte völlige Trennung der Wohn- und Schlafräume
verlangt und in einer Brauerei die Ausstattung des
Schalenders mit besseren Heizvorrichtungen, sowie mit
Tischen und Bänken angeordnet werden.

Das wichtigste Ereignis im verflossenen Berichtsjahre
waren die vom Reichskanzler angeordneten Erhebungen
über die Notwendigkeit eines sanitären Maximalar-
beitstages in gewissen Berufen, die freilich
in Sachsen, wie vorausgesehen war, ziemlich ergebnislos
verliefen. Die Beamten für Leipzig, Freiberg, Annaberg,
Aue, Wurzen und Zittau machen zwar einige Vorschläge
hinsichtlich der Bedienungspersonen in Beleuchtungs-
anlagen und Badeanstalten (11stündiger Maximalar-
beitsstag), Meißner (10 Stunden im Freien, 8 Stunden
in geschlossenen Räumen, Verbot für Jugendliche unter
18 Jahren und Zulassung nur nach ärztlichem Attest),
Hoch- und Rordereiarbeiter (Betriebsvorschriften und
Zulassung zur Arbeit nur nach ärztlichem Attest), Metall-
gießer und Molatplattenarbeiter (Maximalarbeitsstag
nach ärztlichem Gutachten (?)), Maschinenflicker (Aus-
dehnung des Konfektionsarbeiterschutzes auf alle Werk-
stätten) und Mühlen; indes sind diese dürftigen Aus-
weise und die noch dürftigeren Reformvorschläge nicht
ausreichend, Sachsens Ansehen in der Sozialpolitik zu
retten, wenn auch einige Vorschläge recht beachtenswert
sind. So empfiehlt der Wurzen'sche Beamte für alle
Nachtbetriebe, die zwischen 10 Uhr Abends und
5 Uhr Morgens arbeiten lassen, die Einführung eines
12stündigen Maximalarbeitstages und einer min-
destens 12stündigen Miniruhe für jeden Arbeiter.
Weiter erst zu nehmen ist dagegen der Vorschlag des
Annaberger Beamten, für die vorbezeichneten Metall-
gießer und Molatplattenarbeiter den Maximalarbeits-
tag nicht allgemein, sondern nur für einzelne Ar-
beiter je nach ärztlichem Gutachten einzuführen.
Welcher Fabrikant ließe sich wohl hierbei,
einem Arbeiter den Maximalarbeitsstag zu verschreiben?
Und wenn dies wirklich vorkäme, so wäre das für den
einzelnen Arbeiter sicherlich ein Entlassungsgrund und
jünglich ein Uriaufrief, der ihn von jeder Stelle in
seinem Beruf ausschließt. Der Chemnitzer Beamte ist
auf Grund ärztlicher Gutachten und solcher von Kranken-
kassenvorständen zu der Ansicht gekommen, daß gesund-
heitschädliche Berufe nicht namhaft gemacht werden
sollten und daß zu gesundheitschädlicher Arbeitsdauer
nur vorübergehend während des Geschäftsaus-
schwunges gegriffen werde. Er will daher nichts von
einem Maximalarbeitsstag wissen, empfiehlt aber eine
Vorschrift, daß Ueberarbeit einschli. der Arbeitszeit nicht
länger als 13 Stunden dauern dürfe und bei mehr als
60tägigem Vorkommen derart durch Arbeitszeitverkürzung
zu anderen Jahreszeiten auszugleichen sei, daß im ge-
samten Jahresdurchschnitt eine täglich 11stündige Ar-
beitsdauer herauskomme. Dieser Vorschlag, der auf
eine 13stündige Höchstarbeitszeit an 60 Tagen im Jahre
hinansieht, ist ohne Festsetzung der normalen Arbeits-
zeit wertlos. Deshalb die Schen vor dem Worte
Maximalarbeitsstag, wenn der Chemnitzer Beamte
den Existenztag auf Umwegen herbeizuführen
wünscht? Nur was klar bestimmt ist, kann in der
Praxis durchgeführt werden. Die Berichte für Zwickau,
Bautzen, Reichen, Plauen und Döbeln leugnen völlig
die Notwendigkeit einer solchen sanitären Reform und
der Beamte für Dresden hält den Maximalarbeitsstag
zwar für die Hausindustrie erwünscht, glaubt aber,
daß derselbe nicht ohne erhebliche Schädigung der Er-
werbsverhältnisse einer Menge von Arbeiterfamilien
durchführbar sei.

Ergiebt sich mit den Brauereien beschäftigen sich
die Berichte von Leipzig, Plauen und Döbeln. Der
Leipziger Beamte konstatiert hier Arbeitszeiten bis zu
15 Stunden, welche Dauer selbst bei jungen Kräften
zu ungewöhnlicher körperlicher Anspannung führe, doch
ist die Arbeit nicht so unausgesetzt angestrengt, daß
wichtige Ruhepausen vorkämen, sodaß immerhin ein zwar

unvollkommener, aber doch wohlthätiger
Wechsel zwischen Ruhe und Arbeit" eintrete.
Es sollte wohl heißen: "Ein Wechsel zwischen
Anstrengung und Ueberanstrengung", —
in der That, ein "wohlthätiger Wechsel". Der
Plauen'sche Beamte hat Arbeitszeiten bis 13 Stunden
und darüber (in 13stündiger Schicht!) gefunden, hält
sie aber wegen der genügenden Pausen und wegen des
Wohnens der Brauburschen und Beurlinge in der
Brauerei, wodurch der Weg erspart werde, nicht für
gesundheitsschädlich, auch hätten Verzte derartige Wir-
kungen für dieses Gewerbe bestimmt in Abrede gestellt.
Bei der allgemein ablehnenden Stellungnahme der Verzte
ist das nicht befremdlich. Der Döbelner Beamte ist
der Meinung, daß lange Arbeitszeiten nur in kleinen
Brauereien, veranlaßt durch ungünstige Betriebs-
verhältnisse, vorkommen. Indes sei zu berücksichtigen,
daß diese Unternehmer ihr Personal auf's Aeußerste
beschränken müssen und bei Vermehrung desselben
nicht hinlänglich für Alle zu thun (?) hätten. Auch seien
genügende Pausen vorhanden, die Befestigung sei kräftig
und ausreichend, der Verdienst "bei geordnetem
Lebenswandel (!) auskömmlich (?) und die
Arbeit durch Einführung kleiner Motoren schon erleichtert.
Ein Maximalarbeitsstag sei daher nicht notwendig.

Die Arbeiter mögen daraus erkennen, daß sie sich
nicht allein auf die Hilfe der Gesetzgebung verlassen
dürfen, denn wenn selbst für einen Beruf mit notorisch
übermäßiger Arbeitszeit, großer An-
strengung und hoher Unfallgefahr die Not-
wendigkeit eines sanitären Maximalarbeitstages ge-
leugnet wird, dann ist vor der Hand von oben kein Arbeiter-
schutz zu erhoffen. Umso mehr muß Gewicht auf die
Erreichung kürzerer Arbeitszeit und besserer Arbeits-
verhältnisse im Wege des gewerkschaftlichen Vor-
gehens gelegt werden. Wenn alle Brauer richtig
organisiert wären und im Bohnenkampfe treu ausstiepen,
dann haben wir den achtstündigen Normal-
arbeitsstag aus eigener Kraft noch eher als
den schwächlichen sanitären, vielleicht 12stündigen
Maximalarbeitsstag von Gesetz wegen.

Der Vorstand der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts

hat seinen Jahresbericht für die Zeit vom 15. April 1897 bis
21. April 1898 in Form einer Broschüre herausgegeben, die
ein reichhaltiges Material über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Stuttgart enthält.

Das Kartell umfaßte am 31. Dezember 1897 41 Gewerkschaften (gegen 39 im Vorjahre). Insgesamt sind von
19 605 männlichen Arbeitern 5490, gleich 28 Proz. organisiert,
von 8781 weiblichen dagegen nur 307, also 3,4 Proz. Von
den Brauern waren von der Gesamtzahl der Berufsange-
hörigen (450) am Schlusse des Jahres 412 = 86,6 Proz. organi-
siert, und sind somit prozentual nur die Graveure mit 97,5 Proz.
ihnen über. Die Durchschnittszahl der organisierten Brauer be-
trägt 390. Die Höhe der Beiträge innerhalb eines Jahres be-
trug bei den Brauern 10,50 Mk. und stehen sie damit an
14. Stelle. Die höchsten Einnahmen haben pro Kopf die Buch-
drucker mit 69,23 Mk. jährlich, Bildhauer 48,70 Mk., Gut-
macher 23,39 Mk. die niedrigste Einnahme hatten pro Kopf
und Jahr die Bäcker, Handlungsgehilfen, Textilarbeiter,
Gärtner und Lackierer in der Höhe zwischen 7 und 8 Mk.

In den 41 Gewerkschaften betragen 1897 die Ausgaben für
Reise-Unterstützung zusammen 6516,24 Mk. (gegen 5590,23 Mk.
im Vorjahre) bei 2160 (1919) Empfängern, so daß auf den
einzelnen Durchreisenden 3,01 Mk. (2,91 Mk.) entfallen. An
Arbeitslosen-Unterstützung wurden 8134,90 Mk. (11 401,80 Mk.)
an 452 (549) Empfänger ausgezahlt, folglich an den einzelnen
Arbeitslosen 17,99 Mk. (20,76 Mk.). Die gesammte Einnahme
aller 41 Gewerkschaften belief sich auf 122 482,18 Mk.
(140 161,53 Mk.), die Ausgabe 115 195,91 Mk. (121 898,06 Mk.),
womit 55 155,27 Mk. (37 795,20 Mk.) Ueberschüsse an die
Hauptstellen der Zentralverbände einbezogen sind, so daß
als Netto-Ausgaben 60 040,64 Mk. (84 102,36 Mk.) ver-
bleiben. Der Unterschied mit dem Vorjahre erklärt sich aus
den höheren Aufwendungen für die großen Streiks im Jahre
1896.

Der Verkehr mit den übrigen württembergischen Gewerkschaften war ein äußerst reger und wird bei weiterer Ent-
wicklung derselben in absehbarer Zeit der Vorstand der
vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts sich zu einer gewerkschaftlichen
Zentralstelle für Württemberg herausgebildet haben.

Die Einnahmen des Gewerkschaftskartells betragen in den
9 Monaten von April bis Dezember 1897 7316 Mk., die Aus-
gaben 6631 Mk., so daß ein barer Kassenbestand von 685 Mk.
verblieb. Außerdem sind noch 2000 Mk. beim Gewerkschafts-
haus angelegt. Für die streikenden Pamburger Gasenarbeiter
gingen beim Kartell 11 136 Mk. ein, wovon 10 850 Mk. für die
Gasenarbeiter und 130 Mk. für sonstige Streikende verwendet
wurden. — Für die englischen Maschinenbauer wurden insge-
samt 5000 Mk. aufgebracht.

An die Gewerkschaftskasse sind von den Organisationen an
Gewerkschafts- und sonstigen Beiträgen und Unterstützungen
7316,19 Mk. eingegangen, darunter 291,30 Mk. von den
Brauern und stehen letztere hierin an 4. Stelle. — Lohnbewegungen
sahen bei den Brauern im Berichtsjahre nicht statt. — An
das Arbeiter-Sekretariat lieferte das Kartell 1897 969 Mk. zur
Einsparung und als pflichtgemäße Beiträge. Das Arbeiter-
Sekretariat, das erst seit 1. März 1897 besteht, arbeitet nach
der Bestimmung, allen Rathsuchenden unentgeltlich Rath zu er-
theilen. Dies hat zur Folge gehabt, daß der Sekretär fast nur
von Nichtorganisierten in Anspruch genommen und der Thätig-
keit für die Gewerkschaften fast ganz entzogen wurde. Von
5931 Ausstufsuchenden waren 4062 nichtorganisiert. Dies
wird die Gewerkschaften Stuttgarts zu der Ueberzeugung
bringen, daß diejenigen, welche es nicht für nötig halten, sich
ihrer Berufs-Organisation anzuschließen, wenigstens eine Ge-
bühr für die Auskunft zu entrichten haben. — Bei der Wahl
der Gewerkschafts-Beisitzer wurden die von der Gewerkschafts-
kommission aufgestellten Kandidaten gewählt. — Die Ein-
richtung der Vertrauenspersonen zur Entgegennahme und
Weiterbeförderung von Beschwerden von Arbeitern und Ar-
beiterinnen an die Fabrikinspektoren wurde ausgebaut und zu
diesem Zwecke fünf Personen gewählt. — In der Sitzung vom
3. März 1898 beauftragte die Gewerkschafts-Kommission den
Vorstand, an die General-Kommission der Gewerkschaften
Deutschlands das Ersuchen zu stellen, durch geeignete Publi-
kationen im "Korrespondenzblatt" über die Bedeutung der ge-
samten Arbeitervertretung und der Wahl der Arbeitervertreter
zu den hierbei in Betracht kommenden Körperchaften Aufklärung
unter den Arbeitern zu verbreiten. Gleichzeitig solle die General-
kommission die gesammte Gewerkschafts-Presse auffordern, eben-
falls auf diesem Gebiete fortgesetzt auszurufen zu wirken, be-

sonders die Gewerkschaften allerorts zu veranlassen, die Ver-
treterwahlen zu den Orts-, Innungs- und Betriebs-Kartellen in
die Hand zu nehmen; gleichzeitig wurde jedoch ausdrücklich
bemerkt, daß dies Vorgehen keinerlei Einwirkung auf die Ver-
sicherungsgesetzgebung bezweckt, sondern allein die Ausübung
der durch diese Gesetze den Arbeitern eingeräumten Rechte.

Recht lebhaft war auch die agitatorische Thätigkeit des
Kartells am Ort selbst. Als besonders erfreulich ist die
Erhaltung des Vereins der städtischen Arbeiter und einer
Organisation der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter
und Hilfsarbeiterinnen mit je über 200 Mitglieder zu nennen.
Den Bemühungen des Vorstandes ist es auch gelungen, ver-
schiedene Sozialorganisationen ihren Zentralverbänden zuzu-
führen, so die Bäcker, die Feiseure, Fuhrleute, Maschinisten und
Geizer und Tapezierer.

Die Bibliothek der vereinigten Gewerkschaften zählt jetzt
1842 Bände, im letzten Jahre wurden 216 neu angeschafft. Die
Frequenz ist eine gute. Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus ist
jetzt in einem eigenen 235 000 Mk. kostenden umgebauten Haus
untergebracht. Der Betrieb brachte 1897 4885 Mk. Ueberschuß,
seit 1894 im Ganzen einen solchen von 14 688 Mk. —

Sehr beachtenswert ist auch der Bericht über den An-
schluß der Bierfahrer an den Verband der im Handels- und
Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter. Dieser Vorgang
beweist, wie wenig oftmals das Zweckmäßige bei der Organi-
sationsfrage verstanden und im Auge behalten wird. Es ist
wirklich nicht allein damit gethan, sich nur zu organisieren,
ganz gleich bei welcher Gruppe und unter welchen Bedingungen;
die Voraussetzungen, die bei der Frage der Organisation be-
stimmend wirken, müssen auch getroffen, die Zweckmäßigkeit
muß als Hauptsache betrachtet werden. Vebiglich den
Schein der Interesseneinheitlichkeit zu wahren, wo diese
selbst nicht vorhanden ist, nur nach der Schablone zu
organisieren, nur unwesentliche Berührungspunkte für die Zu-
sammenschließung als Argument gelten zu lassen, wächst sich
mit der Zeit zum blühendsten Unsinne aus, der in allen er-
füllen den Bestrebungen der Arbeiter nicht nur hinderlich,
sondern direkt schädlich sein kann.

Was hat es für einen Zweck, daß sich alle Fuhrer oder
Fuhrleute in einer Organisation vereinigen, gleichviel ob sie
in tausenderlei Berufen und Betriebsarten beschäftigt sind? Ist
denn die scheinbare Gleichheit des Berufs Hauptbedingung für
die Organisation und bietet eine derartige Organisation auch
die Gewähr der Erfolge, welche für die Mitglieder zu erringen
die Organisation berufen ist? In diesem Falle niemals! Wer
hat denn mehr Ueberseht und Kenntniß der Arbeit und
der event. Zulänglichkeit des Lohnes im Verhältnis zu der
geleisteten Arbeit der Bierfahrer und wer ist dazu mehr
berufen und in der Lage, ihnen helfend beizustehen: die in den
Brauereien Beschäftigten insgesamt, oder die Fuhrleute aus
allen möglichen Betriebsarten? Darüber ist kein Zweifel: die
Solidarität der Fuhrleute nützt den Bierfahrern keinen Pfiffer-
ling, wenn die Brauereiarbeiter sie nicht thätig unterstutzen
und daran könnte es manchmal fehlen, wenn die Bierfahrer
durch die Absonderung den Keim der Uneinigkeit unter die
Berufsgenossen tragen. Ist es ihnen nur darum zu thun,
"organisiert" zu sein, ohne Zweck und Ziel, dann könnte man
ihre Verhalte verstehen, — richtig ist es immer noch nicht,
weil sie, denen es gut geht, immer noch als Arbeiter die Pflicht
haben, dafür mit zu sorgen, daß es den Andern auch besser
gehe. Ist es aber nur ein sogenannter Kasstestolz, der sie
daran hindert, etwa mit den Hilfsarbeitern gemeinsame Sache
zu machen, so mögen sie bedenken, daß sie zu jeder Zeit durch
die Hilfsarbeiter oder Statulleute ersetzt und verdrängt werden
können. Von diesen haben sie dann keine Solidarität zu be-
anspruchern, wenn sie selbst sich nicht bewegen fühlen, solche zu
üben. Es kann nicht genug dazu gethan werden, den nährlichen,
unfinnigen Kasstestolz der Arbeiter aus der Welt zu schaffen,
der wie ein Mühlstein am Gasse die Arbeiter in der Bewegungs-
freiheit und im Vorwärtstommen hindert. — Wenn die Arbeiter
eines Industriezweiges alleammt in einer Organisation ver-
einigt sind, werden nicht nur mit der Zeit der Kasstestolz, die
Neidereien und Eifersüchteleien, das sich fremd gegenüberstellen
verschwinden, das Zusammenarbeiten, der gegenseitige Verkehr
freundschafflicher und günstiger sich gestalten, es bietet auch die
beste Gewähr, unsern Antheil an dem Ertrag unserer Arbeit
mit Erfolg beanspruchen zu können.

Korrespondenzen.

Berlin. Sonntag, den 18. September, hielt der hiesige
Zweigverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Zu-
nächst hielt Herr Ingenieur Kremppe einen sehr interessanten
Vortrag über "Miefenfernröhre". Bei Punkt 2, Innere Vereins-
angelegenheiten, stellte Kollege Moroschat den Antrag, zur
kommenden Generalversammlung sämtliche Mitglieder schriftlich
einzuladen, was jedoch abgelehnt wurde. Dagegen wurde dem
Kollegen Moroschat eindringlich empfohlen, bei den Versamm-
lungen seiner Redelust mehr Zügel anzulegen, dann würden die
Mitglieder auch zahlreicher erkönnen. Im Punkt "Ver-
schiedenes" kamen sehr sonderbare Dinge vom Münchener Brau-
haus zur Sprache, welche es erklärlich machen, daß benannter
Betrieb immer mehr in Mibachtung bei den Arbeitern fällt,
Kurze und Dividende immer tiefer sinken. Ein Kollege war
8 Jahre lang im Zweiggeschäft des Münchener Brauhauses
Oranienburg beschäftigt, bis er in diesem Sommer angeht
wegen Eis- und Arbeitsmangel ausgestellt wurde. Bei Beginn
der Mälzereikampagne glaubte er zuversichtlich, wieder Arbeit
zu erhalten, doch wurde ihm bei der Nachfrage nach Arbeit vom
Brauereibesitzer geantwortet: "Das Münchener Brau-
haus ist doch keine Utersversorgungsanstalt".
Der Kollege zählt schon bald 40 Jahre und hielt man es des-
halb für besser, zwei junge kräftige Leute sich von Dresden
zu holen. Aber noch einen anderen Zweck verfolgte man damit,
den Reineingestellten wurden 3 Mk. wöchentlich weniger an Lohn
bezahlt als den andern. Diese schlaue angelegte Bohndruckeret
wird es auch nicht zu Wege bringen, daß sich die Aktien des
Münchener Brauhauses heben. Auf Antrag Steiner wurde be-
schlossen, daß vorläufig eine Kommission mit der Direktion über
diese Angelegenheit unterhandeln soll. Beschlossen wurde noch,
die nächste Versammlung ausfallen zu lassen, weil am Abend
vorher das Stiftungsfest der "Gerstenähre" stattfindet.

Bonn. Die Versammlung der Brauer und Kasser vom
18. September war nur mäßig besucht. Die Kollegen hier
scheinen zum Theil die Bedeutung der Organisation, sowie des
Versammlungsbesuches noch zu verkennen. Die Versammlungen
sollen die Schule sein, in der wir lernen und uns befehren, wie
wir am besten unsere Organisation ausbauen zum Schutze gegen
die Unterdrückung von allen Seiten. Es scheint, daß es uns
noch schlechter gehen muß, bevor wir Besseres wünschen. Zu
wünschen wäre es, daß alle Mann in den Versammlungen zur
Stelle sind, das giebt den Kollegen, welche in vorderster Reihe
stehen, wieder Lust zu vermehrter Thätigkeit, während die Inter-
esslosigkeit auf die Dauer auch auf die besten Kollegen lähmend
wirkt, wovon jedenfalls alleammt den Schaden haben. — Die
Frage der Arbeitslosenunterstützung rief eine längere Debatte
hervor, ferner wurde einstimmig beschlossen, pro Mann und
Monat 5 Pf. für Kartellmarken zu erheben.

Duisburg. Am 11. September fand unsere Mitglieder-
versammlung statt. Bei Aufnahme neuer Mitglieder wurden
5 Kollegen aufgenommen. Auf Anregung des Delegierten vom
Gewerkschaftskartell wurde von den Kollegen pro Kopf 15 Pf.
Kopfsteuer eingefammet. Von den Kollegen, welche nicht in der
Versammlung waren, sollen die Vertrauensmänner diese eben-
falls einsammeln. Sodann erlöchte der Vorsitzende die Ver-

Krauenmänner, die Arbeitsstatistik binnen 8 Tagen zu regeln. Der geplante Ausflug wurde abgelehnt und beschlossen, einen Sozial-Streikfonds zu gründen, zu welchem jedes Mitglied monatlich 10 Pfennige zu bezahlen hat; gleichzeitig wurde beschlossen, daß Mitglieder, welche in der Versammlung nicht erschienen, mit 20 Pf. bestraft werden, welche auch dem Streikfonds zufallen.

Frankfurt a. M. Montag, den 18. September, fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im Lokale des Genossen Kestler statt. Der Vorsitzende drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Versammlungen während der Sommermonate nicht so gut besucht wären wie sie sein sollten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Franz Bollmer durch Erheben von den Sitzen geehrt. Im 2. Punkt, Abrechnung vom Monat Juli, wurde Alles sehr richtig befunden. Im Punkt 3 wurden Stadelmann als erster, Arnold als zweiter Schriftführer gewählt; als Gewerkschaftsdelegierter Müller. Ferner wurde noch als Vertrauensmann für die Bierfahrer Fritz Nidel gewählt. Bei Punkt 4, 'Verschiedenes' kam der Mannheimer Streik zur Sprache. Ein aus Mannheim anwesender Kollege gab uns ein klares Bild über die ausgebildete Situation. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Arbeiterblätter immer mehr durch Abonnement zu unterstützen. — Der Vorsitzende machte alsdann darauf aufmerksam, daß die Kollegen, welche 21 Jahre alt und somit zu den Randtagswahlen wahlberechtigt sind, das Staatsbürgerrecht erwerben sollen, um sich an den Wahlen beteiligen zu können.

Frankfurt a. M. In einer sehr stark besuchten Versammlung der Brauerei-Arbeiter auf Fiesch-Junk's Felsenkeller in Sachsenhausen sprach am 11. September Genosse Witz, Schmidt über die angelegentlichste Zuchtensvorlage. Redner beleuchtete in kurzen Zügen die Vorgeschichte dieser Vorlage auf das Koalitionsrecht, welches der nimmermilde Kapitalismus unter Führung König Stumm's und Konsorten für die Arbeiterschaft vollständig illusorisch machen möchte. An einer Reihe von Beispielen zeigte er, wie schon bisher vielerorts die geringsten Verstöße gegen die Streikbrecher mit den zulässig schwersten Strafen geahndet wurden. Redner ermahnte die Arbeiter, ihre Berufsgenossen, insbesondere alle diejenigen, die der proletarischen Organisation fernstehen, auf die drohende Gefahr in sachlicher Weise aufmerksam zu machen, sich aber dabei vor unbesonnenen Aeußerungen zu hüten. Unter stürmischen Beifall schlug er zum Schluß folgende Resolution vor: „Die heutige Brauereiversammlung erhebt energig Protest gegen die geplante Zuchtensvorlage, die das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig vernichten würde, indem Jeder, der es dann wagt, einen Streik auch nur für gerechtfertigt zu erklären, mit einer entehrenden Strafe belegt werden kann, gleich dem schuldigsten Verbrecher. Die Versammlung fordert den Reichstag auf, jede Bestimmung, die auch nur entfernt gegen das Koalitionsrecht gerichtet ist, unbedingt zurückzuweisen. Die Versammlung erwartet ferner, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag vom Jahre 1890 wieder einbringt, wonach der § 153 der Gewerbeordnung den Zusatz erhält, daß auch solche Unternehmer empfindlich gestraft werden können, die Arbeiter durch Androhung von Maßregelungen oder durch schwarze Listen u. s. w. zu bestimmen suchen, von Verabredungen zur Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen oder von Streiks zurückzutreten. Die Versammlung erwartet weiter, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den einzelnen Landtagen daselbst Alles aufbieten, um ein Zustandekommen dieser Vorlage zu verhindern.“ In der anschließenden kurzen Diskussion schlossen sich der Vorsitzende C. Eder sowie Genosse Fischer den Ausführungen des Referenten an und empfahlen die Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Streiks der Brauer in Erfurt, Jagen und Mannheim, empfahl der Vorsitzende, die hiesigen organisierten Kollegen sollten beschließen, für die Dauer der Streiks pro Woche ein Mitglied eine Extra-Unterstützung von 50 Pf. zu zahlen. Kollege Hofmann meinte, man solle nur Sammlungen freiwilliger Gaben veranstalten, während die Kollegen Steiger, Schleichinger, Nidel und Solger dem Vorschlag des Vorsitzenden zustimmen, unter besonderem Hinweis auf die lange Dauer des Erfurter Streiks. Der Vorschlag Eder's wurde dann einstimmig angenommen. Sodann berichtete Kollege Stiel über die Mißstände in der Brauerei Stern in Oeberrad. Es handelt sich insbesondere um die geradezu ungläublich lange Dienstdauer der Jahrbuchführer. Die Untersuchung ist noch nicht vollständig abgeschlossen; sobald dies aber geschah, soll eingehend darüber berichtet werden. Kollege Solger, der in der Brauerei Stern als Maschinenist seit einigen Jahren beschäftigt war, wurde vor einigen Wochen während des Nachdienstes gegen 3 Uhr Morgens von dem Braumeister Gehhardt, der sich in Gummischuhen in den Maschinenraum schlich, im Halschloß getroffen. Solger wurde deshalb nicht nur zum Feiger degradiert, sondern auch mit einem Abzug von wöchentlich 3 Mark Lohn bedacht. Auf Einsprache der Kartellkommission wurde zwar versprochen, daß Solger wieder den früheren Lohn erhalten solle. Da jedoch vierzehntägige Lohnfrist besteht, hat er noch nicht erfahren, ob das Versprechen gehalten wird. In der weiteren Diskussion wird namentlich auf die traurige Lage der Jahrbuchführer hingewiesen. Es wurde festgestellt, daß einer derselben in jüngster Zeit innerhalb drei Tagen nur acht Stunden schlafen konnte! Auch keinen Sonntag hätten die Leute frei; sogar während der Streikstunden werde gearbeitet, was die Polizei ruhig gesehen lasse. Bei Bierlieferungen zu Festlichkeiten sollen die Fahrer 3 Mk. Gratifikation erhalten; sei jedoch das Weiter nicht ganz günstig, dann betragen sie nichts. Der Vorsitzende Eder meinte, bei einer derartigen Anspannung der Kräfte der Leute sei es nicht zu verwundern, daß der Fahrer Giroff kürzlich bei Nied vom Wagen fiel und durch Ueberfahren den Tod fand. Genosse Fischer bemerkte, bei einer solchen Ausnutzung der Arbeitskraft erkläre es sich, wenn die Brauerei Stern hier die höchsten Dividenden erziele. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die wichtige Versammlung geschlossen.

Gera. Die öffentliche Kreisversammlung vom 18. September hatte folgende Tagesordnung: 1. Die Brauereiarbeiterbewegung, deren letzte Kämpfe und was ziehen wir für Lehren daraus. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Anträge von den einzelnen Zahlstellen und Bericht derselben. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 hatte der Verbands-Vorsitzende Bauer das Referat übernommen und streifte hier in kurzen Zügen die letzten gewerkschaftlichen Kämpfe, deren Ursachen und Ausgänge. Zu den Brauereiarbeiterbewegungen in Mannheim, Erfurt und Jagen (Westf.) wurde hauptsächlich das Verhalten des Streikbrechervereins vom Redner einer scharfen Kritik unterzogen. Zu unserer Lohnbewegung hier am Orte selbst erwähnte der Redner die anwesenden Mitglieder, fest und trenn nach der Bewegung zusammenzufassen, denn das Erzingen sei noch nicht so schwer wie das Behalten. An das beherrschende Referat schloß sich eine sehr theilnahmevolle Diskussion. Zu Punkt 2 ertheilte der Vorsitzende Fülle den Bericht des Agitationskomitees, welcher ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurde. Es ist zwar noch kein wesentlicher Erfolg des Komitees zu verzeichnen, aber bekundet wurde, daß das Agitationskomitee nach jeder Richtung hin gut gearbeitet hat. Die Abrechnung wies auf eine Einnahme an Beiträgen von 53,70 Mk.; Ausgabe: für angefertigte Marken 8,50 Mk., für Agitationsreisen 17 Mk., für Porto und Schreibmaterialien 2,89 Mk., mithin eine Gesamtausgabe von 28,99 Mk., bleibt ein Restbestand von 24,71 Mk. Bei Punkt 3 wurde ein Antrag von Seiten eines Greizer Kollegen eingebracht wegen der großen Kosten, welche den Greizer Kollegen durch den Besuch der Versammlungen erwachsen, diese in Greiz abzubauen resp. die Zahlstelle von Zwitau nach Greiz zu verlegen. Hierzu wurde die Meinung ausgesprochen, daß es dann richtiger wäre, in Greiz auch eine Zahlstelle zu gründen, und

zug-darauffin der Antragsteller seinen Antrag wieder zurück. Im Punkt 4 kamen schon wieder Unregelmäßigkeiten und zwar die meisten von Bürgerl. Branhans ans Tageslicht. Es waren Klagen über unrichtige Entlohnungen, Arbeitermangel und noch weitere seltene Dinge. Hierzu wurde der Beschluß gefaßt, sämtliche Mißstände der Öffentlichkeit durch die 'Neuglückliche Tribüne' zu übergeben, vielleicht läßt sich der Herr G. A. Pöhl noch eines Besseren belehren lassen. Auch die Zustände, wie sie in den oberergerbergischen Brauereien herrschen, spotten jeder Beschreibung, doch davon später. Nach dem Schlußwort des Referenten Bauer schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Zentralverband die gut verlaufene Versammlung.

Salzverfakt. Die Monatsversammlung vom 4. September war nur mäßig besucht. Der Kassier gab die Abrechnung vom 2. Quartal und zugleich die vom Monat Juli bekannt. Die Redner prüften dieselbe und fanden sie auch richtig. Den Bericht über die Lohnforderung der Blankenburger Kollegen erstattete der Vorsitzende. Es wurde bemerkt: 10ständige Arbeitszeit, Ueberstunden mit 35 Pf. bezahlt und 35—100 Mk. Lohn monatlich bei wöchentlicher Auszahlung. Sonntagsarbeit soll 3 Stunden nicht überschreiten und jede Stunde mit 35 Pf. bezahlt werden. Die Ue-jour soll mit 2 Mk. bezahlt werden. Gewiß ein zufriedenstellendes Resultat gegen die früheren Verhältnisse. Unter Verschiedenem war nichts zu erwähnen.

Salz a. S. In unserer am 18. d. Mts. stattgefundenen Mitglieder-Versammlung verlas, da der Referent nicht erschienen war, Kollege Repp den Jahresbericht des Nürnberg-Verbands, welcher mit Interesse angehört wurde. Seitens einiger Redner wurde die Nothwendigkeit betont, auch für Halle ein derartiges Institut zu schaffen. Beim Punkt 2, Bericht über die Vereinbarungen mit den vereinigten Brauereien (dieselben werden in nächster Nummer bekannt gegeben), entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der sich einige Kollegen (Kutcher) nicht gerade in der sanftmüthigsten Weise zeigten. Der Vorstand versprach, soweit es in seinen Kräften stehe, Abhilfe zu schaffen und die angeführten Uebelstände zu beseitigen. Nachdem noch bekannt gegeben, daß in der nächsten Zeit eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung stattfinden werde und zu zahlreichem Besuch aufgefordert wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der stark besuchten öffentlichen Versammlung der Brauereiarbeiter vom 17. September erstattete die Kommission Bericht über die Verhandlungen mit den Brauereien über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsnachweises. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Kollege Klein auf eine Anfrage Döllinger's, daß die Angelegenheit in der Bahrenfelder Brauerei durch einen Schiedsspruch erledigt sei. Unsere Forderungen seien mit 3 gegen 2 Stimmen abgelehnt und die Streikenden hätten sich mit dem Schiedsspruch zufrieden erklärt. Von mehreren Seiten wurde die Meinung ausgesprochen, in Zukunft bei Differenzen nicht mehr das Schiedsgericht anzurufen und den Kampf so durchzuführen, auch wäre es ungerecht gewesen, daß Genosse Hoche wegen seiner Zugehörigkeit zur Partei als Beisitzer vom Schiedsgericht zurückgewiesen wurde, aber andererseits der Brauereiarbeiter, welcher nichts gesehen haben will, als Hauptzeuge vernommen wurde. Nach der Meinung Klein's würden wir in der Sache vorläufig nichts machen und wurde sie als erledigt erklärt. — Von den am 22. und 26. August stattgefundenen Verhandlungen berichtete Klein, daß von Seiten der Brauereien und Mälzereien die Herren Bismann, Strauß, Wuerchsaper, Morgenstern und Ullers, vom Zentralverband der Brauer und Berufsgenossen die Kollegen Klein, Madack und Staake vertreten waren. Unsere Forderungen begründete Klein, indem er ausführte, daß im Jahre 1892 zwischen den Brauereien und den Brauereiarbeitern einseitige Löhne und Arbeitsverhältnisse vereinbart seien, wobei die Ueberstunden mit 50 Pf. resp. 60 Pf. bezahlt werden sollten, doch wäre es mit den Jahren auf einzelnen Brauereien üblich geworden, die gemachten Ueberstunden nicht in Waar zu bezahlen, sondern abzulassen zu lassen. Für die Brauereiarbeiter seien mit der Zeit sehr verschiedene Löhne eingeführt worden, so daß auf verschiedenen Brauereien die Löhne 15 Mk. bis 16,80 Mk. und etwas darüber betrügen, dagegen auf anderen Brauereien bis 25 Mk. Bei den kürzlich stattgefundenen Differenzen auf der Elbschloßbrauerei habe diese sich auf den Verein der Brauereien und Mälzereien berufen und die geforderten Löhne nur unter der Bedingung bewilligt, daß dieselben nur so lange Geltung haben sollten, bis die Einigung über die Lohnverhältnisse durch den Verein der Brauereien und Mälzereien herbeigeführt sei. Die gestellte Bedingung habe den Verein der Brauer und Berufsgenossen veranlaßt, sich an den Verein der Brauereien und Mälzereien zu wenden, welcher denn auch seine Zusage zum Eintritt in Unterhandlungen gemacht habe. Der Wunsch der Arbeiter ginge nun dahin, daß ein einheitlicher Lohn festgesetzt und die Arbeitsvermittlung geregelt werde, da bei der heutigen Arbeitsvermittlung die Mitglieder des Vereins zu wenig berücksichtigt würden. Herr Bismann bemerkte, daß die Kommission des Vereins der Brauereien und Mälzereien nur bevoormächtigt sei, die Wünsche der Arbeitnehmer entgegenzunehmen. Weiter bemerkte Klein, daß die Arbeitnehmer auf dem Standpunkt ständen, daß eine Arbeitszeit von 12 Stunden incl. der Ruhepausen während der Ruhepausen während der Mittagszeit in der großen Hitze doch nicht möglich sei. Nach der von den beiden Parteien geführten Debatte wurden von uns folgende Forderungen aufgestellt: 1. Brauer: Minimal-Wochenlohn 24 Mk. mit Wohnung resp. 27 Mk. ohne Wohnung, den auf den Mälzfabriken Beschäftigten Brauereiarbeiter außer 27 Mk. noch 2 Mk. für Freibier; 2. Mälzfabriker: Minimal-Wochenlohn 21 Mk., die im inneren Betrieb, d. h. im Subhaus, Gähr- und Lagerkeller, sowie in der Mälzerei freitragend Beschäftigten Mälzfabriker mindestens 22 Mk. pro Woche; 3. Stallleute und Kutcher: Minimal-Wochenlohn 20 Mk., welcher nach dreimonatlicher Thätigkeit auf 22 Mk. zu erhöhen ist; 4. Flaschenkellerarbeiter: Minimal-Wochenlohn bei Eintritte 12 Mk. für Arbeiter im Alter bis zu 16 Jahren, 15 Mk. bei Eintritte für Arbeiter von 16 Jahren und darüber. Diese Löhne sind halbjährlich um 1 Mk. bis auf 21 Mk. pro Woche zu erhöhen. Ferner wurde die Frage von Herrn Strauß aufgeworfen, daß, wenn flauer Geschäftsgang wäre, ob dann alle Leute bleiben sollen und dementsprechend weniger beschäftigt werden sollen, oder ob in solchem Falle eine Anzahl Arbeiter ganz ausgestellt werden sollen. Die Kollegen Staake und Madack antworteten hierauf, daß in diesem Falle die Arbeiter im vollen Lohn bleiben und nur der zu entbehrende Theil ausgestellt wird. Kollege Klein erwähnte, daß von den Kellerarbeitern gewünscht wird, daß ihr Lohn von der Brauerei direkt und nicht durch die Meister ausbezahlt werde. Die Ueberstunden der Brauer sollen wochentags mit 50 Pf., Sonntags mit 60 Pf., für Arbeiter in der Zeit von 9 Uhr Abends bis 3 Uhr früh mit 75 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Mälzfabriker wochentags 40 Pf., Sonntags 50 Pf., für Arbeiter in der

Zeit von 9 Uhr Abends bis 3 Uhr früh 60 Pf. pro Stunde. Flaschenkellerarbeiter: 5 Pf. pro Stunde Zuschlag zu dem gewöhnlichen Lohn, für Arbeiter von 9 Uhr Abends bis 3 Uhr früh 50 Prozent Zuschlag zum gewöhnlichen Lohn. Sonntagsarbeiten: Bei Brauereiarbeitern und Flaschenkellerarbeitern sind solche als Ueberstunden zu bezahlen; Stallleute und Kutcher sollen jeden 2. Sonntag frei sein, und wird für dieselben für Arbeiten am Sonntag nach 12 Uhr Mittags (du jour) eine Entschädigung von 8 Mk. pro Mann gewünscht. Arbeitsnachweis wird für das gesamte Brauereipersonal unter gemeinschaftlicher Leitung gewünscht, und zwar soll die Zusammenfassung sein: 3 Arbeitnehmer, 3 Arbeitgeber, und 1 Vorsitzender, ebenfalls aus dem Kreise der Arbeitgeber. Diese Wünsche sollen sobald als möglich dem Verein der Brauereien und Mälzereien unterbreitet und vielleicht auf 2—3 Jahre festgelegt werden. Klein bemerkte hierzu, daß die Brauer und Kutcher nicht viel herausgesprungen sei, aber sie hätten geholt, was zu holen war; die Mälzer bekommen also 2 Mk. pro Woche mehr für Freibier. Bei den Bierkutschern bemerkten die Herren, daß sie mit den Reuten nichts zu thun hätten, auch falls die Sonntagsarbeit für die Brauer, die auf der Brauerei schlafen, weg und während die Stunden bezahlt. Dagegen für die Mälzfabriker und Arbeiter im Flaschenkeller habe es sich sehr günstig gestellt, da doch verschiedene Brauereien für die Mälzfabriker bloß einen Lohn von 16,80 Mk. bezahlten und diese somit 5—6 Mk. zugelegt bekommen. Für die Arbeiter im Flaschenkeller habe es sich auch günstig gestaltet, denn es würde auf verschiedenen Brauereien, z. B. Aktienbrauerei St. Pauli, welche als Musterbrauerei hingestellt wird, für jugendliche Arbeiter ein Lohn von 6—7 Mk. bezahlt. Ferner hätten die Herren zugestanden, daß die Stallleute nicht unter der Befindensordnung, sondern unter der Gewerbeordnung ständen. Ueber den Arbeitsnachweis aber hätten die Herren auch noch mit den Bundesgenossen verhandelt, welche ihre Zustimmung zu einem Arbeitsnachweis nicht geben könnten, da sonst ihr Verein existenzunfähig wäre. Klein meinte, ob denn der Verein, welcher 79 Mitglieder zählt und wovon noch über die Hälfte Vorberberischen sind, die gesamten Hamburger Brauereiarbeiter repräsentiere; er könne die Ansicht nicht theilen. Weiter bemerkte er, daß das, was sie verhandelt haben, so viel wie bewilligt ist, da die Kommission der Brauereien und Mälzereien für unsere Wünsche eintreten wird und Ruhe und Frieden wünscht. — An der Debatte hierüber beteiligten sich die Kollegen Kollmann und Döllinger zunächst, welche wohl das Erzingene für gut hielten, aber vermurten, daß sich die Herren eine Hintertür offen gelassen haben. Ferner können sie die Ansicht der Kommission, Alles auf 2—3 Jahre festzusetzen, nicht gutheissen. Die Genossen Hoche, Madack und Umland sprachen sich dahin aus, daß die Arbeitsgenossen Alles ruhig hinnehmen sollen, und wenn es noch so wenig wäre; was man einmal habe, das habe man. In Betreff des Arbeitsnachweises meinten dieselben, daß dieser wohl später noch mit einem schweren Kampfe erzwungen werden müßte. Hoche weist noch darauf hin, daß es ein großer Vortheil für die Arbeiter im Flaschenkeller wäre, wenn das Zwischenmeister-System aufhöre, denn die Flaschenfüller und Abzieher müßten mit einem Lohn von 14 Mk. nach Hause gehen, die Flaschenmeister dagegen mit einem solchen von 80 Mk. In ähnlichem Sinne sprachen sich noch die Kollegen Staake, Madack, Dessner und Gasse aus, und wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 17. September im Gammonla-Gesellschaftshaus tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Vereinbarungen der Kommission zwischen dem Zentralverband der Brauer und Berufsgenossen und dem Verein der Brauereien und Mälzereien zu Hamburg und Umgebung einverstanden, jedoch erklärt hiermit die Versammlung, daß die Vereinbarungen nicht auf Jahre festgesetzt werden sollen; außerdem verurtheilt die heutige Versammlung den in der Versammlung der Bundesgenossen gefaßten Beschluß betreffs Arbeitsnachweis, indem dieselben nur einen ganz kleinen Bruchtheil der Arbeitnehmer repräsentieren.“ — Bei dem 2. Punkt der Tagesordnung: „Die auswärtigen Streiks im Brauergewerbe und Unterstützung derselben“, waren sich sämmtliche Redner darüber einig, daß wir die auswärtigen Streiks in jeder Hinsicht voll und ganz unterstützen. Kollege Döllinger rügte, daß doch laut Verbandsstatut jede Woche ein Situationsbericht von den im Streik befindlichen Zahlstellen veröffentlicht werden soll, was aber bis dato unterblieben sei, im Uebrigen erklärte er sich mit Allem einverstanden. Nachdem sich noch einige Redner für die Unterstützung ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Hamburger Brauereiarbeiter erklärt sich mit den Streikenden und ausgesperrten Brauereiarbeitern in Mannheim, Erfurt und Jagen solidarisch und verpflichtet sich, dieselben finanziell zu unterstützen, und wird dem Vorstand des Zentralverbandes der Brauer und Berufsgenossen anheim gestellt, unverzüglich Sammellisten auszugeben. Ferner wünscht die heutige Versammlung, daß dem Beschluß des Stultgarter Verbandstages, allwöchentlich einen Situationsbericht über die einzelnen Streiks in der Zeitung erscheinen zu lassen, nachgetommen wird.“ — Zur Deutung der Tagesordnung wurde eine Teilerklärung unternommen, der Uebersehung soll den streikenden Kollegen zufallen.

(Die Resolution anlangend, betr. allwöchentliche Veröffentlichung der Situationsberichte in der Zeitung, so hat der Verbandstag nicht bestimmt, in welchem Maße dieses geschehen soll. Ob die allwöchentliche Publikation der Zahl der Ausständigen oder Ausgesperrten und zu Unterstützenden damit gemeint ist und ob dies unter gewissen Umständen in verschwiegener Beziehung taktisch richtig und von irgend welchem Nutzen für uns oder nicht, im Gegentheil von schädlichem Einfluß für die jeweilige Lohnbewegung selbst ist, darüber war die Ansicht der Delegirten verschieden. Der Beschluß des Delegirten Tages läßt der Ansicht des Einzelnen weiten Spielraum und verpflichtet die Zeitung zu nichts, als was meist schon bisher geschehen wurde. Die Zahlstellen sind verpflichtet, allwöchentlich einen Situationsbericht an den Hauptvorstand und die Zeitung einzufenden! Das heißt nicht, daß der ausführliche Bericht an den Hauptvorstand mit allen Einzelheiten auch in der Zeitung veröffentlicht werden soll; das zu thun, besteht nach dem Wortlaut des Beschlusses keineswegs in der Pflicht und ist auch aus verschiedenen Gründen, welche öffentlich zu erörtern kein Vortheil für uns sein kann, weder geboten noch von irgend welchem Nutzen. Die Ursachen der Lohnbewegungen, Forderungen etc., die Zahl der in den Streik eingetretenen oder Ausgesperrten sind bekannt gegeben worden, ebenso ein allwöchentlich Bericht über den allgemeinen Stand der Bewegung, oder Wünsche auf Beilegung oder Beschärfung des Kampfes. Die Zahl der zu Unterstützenden anzugeben, wäre doch nur dann nothwendig, wenn die Lohnbewegung in der einen oder anderen Weise beendet ist.)

Hamm i. W. Am Sonnabend, den 17. September, feierte der Zweigverein Hamm sein Geburtsfest. Dasselbe war aber alles Erwarten stark besucht, so daß in dem geräumigen Saal kein Platz mehr zu finden war. Die Genossen von Ahlen waren zahlreich erschienen, ebenso die Kollegen von Hörde, nur die Mitglieder von Bippstadt, Unna, Greven und Werl, sowie von Zweigverein Dortmund waren leider nicht erschienen, was allgemein bedauert wurde, umso mehr als zu den Vergnügen des Zweigvereins Dortmund die Hammer Kollegen jederzeit stark vertreten waren. Das Fest verlief äußerst günstig. Besonders hervorzuheben waren die abwechselnden Uebungen der Kollegen der Brauerei 'Märk'. Die Kollegen der Brauerei 'Stendel' führten eine Pantomime auf, betitelt 'Mexikanische Barbierstube'. Dieselbe wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. Jetzt hielt der Vorsitzende die Festsrede, derselbe schilderte darin die Entwicklung unserer Organisation bis zu ihrer jetzigen Größe und forderte die Mitsarbeiter, welche zahl-

reiß anwesend waren, auf, einzutreten in unsere Reihen und mitzuwirken an dem weiteren Ausbau unserer Organisation. Bis zum frühen Morgen wurde das Langbein geschlungen und ein jeder Teilnehmer des Festes wird mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen sein, ein schönes Fest mitgefeste zu haben.

Mannheim. Am 20. September fand hier eine öffentliche Parteiverammlung statt, welche in einer Resolution die Beilegung des Boykotts unter annehmbaren Bedingungen rüffte. Als annehmbar Bedingung betrachte die Versammlung unter den obwaltenden Umständen die Einstellung der Verkaufshausen Brauer.

(Im letzten Augenblick erfahren wir, daß eine Massenprotestversammlung gegen das Buchhausgesetz am Sonntag, den 25. September, den Boykott bedingungslos aufgehoben hat. Ausführlicheres ist uns augenblicklich nicht bekannt und können wir auch nicht beurteilen, ob hier besondere Kräfte gewaltet haben oder das angekündigte Buchhausgesetz schon seine Wirkung ausgeübt hat.)

Zwickau. Sonnabend, den 17. September, fand hier im Restaurant „Belvedere“ eine öffentliche Brauer- und Böttcher-versammlung statt, in welcher Kollege G. Bauer-Zwickau referierte. Wir glauben nicht nötig zu haben, hier näher auf das vorzügliche Referat einzugehen, hätten bloß gewünscht, daß der Besuch ein größerer gewesen wäre. Es ist bedauerlich, daß neben den absolut indifferenten auch die Verbandskollegen sich so gleichgültig wie möglich gegenüber den Bestrebungen des Verbandes, die doch nur in ihrem eigenen Interesse verfolgt werden, verhalten. Allen voran gehen in dieser Beziehung die Gainsdorfer Kollegen, die sich von den Nichtmitgliedern nur noch dadurch unterscheiden, daß sie im Mitgliederverzeichnis der Zahlstelle geführt werden. Man möchte doch, gerade sie hätten es am ersten nötig, treu und eifrig für den Verband zu arbeiten; sie sollen sich nur einmal die gegenseitige Behandlung unter den Kollegen selbst betrachten, abgesehen von all dem Anderen, was noch sonst verbesserungsbedürftig in ihrem Betriebe ist. Mit dem Kollegen Mauerberger werden wir uns in der Versammlung am 2. Oktober beschäftigen, wozu er schon heute, ebenso wie die andern Kollegen von Gainsdorf, wie der gesamten Zahlstelle eingeladen werden. Zum Gewerkschafts-karrell wurden die Genossen Hob. Müller seitens der Brauer und Anton O'Schiffel seitens der Böttcher delegiert; ebenso die Genannten zur Kreisversammlung in Gera am 18. September. Die weiteren Beschlüsse waren belanglos. Die Agitation soll in Zukunft aufs Eifrigste betrieben werden. Hoffen wir, daß die Versammlungen weiterhin zahlreicher besucht werden.

Wochenschau.

— In Wochau fiel am 24. September, früh 7 Uhr, unser Kollege Th. Wahl in der Viktoria-Brauerei in einen 15 Meter tiefen Kellerkuch und zog sich schwere Verletzungen zu.

— Eine neue Unfallverhütungs-Vorrichtung. In der Schraubenfabrik der Herren Gebrüder Heyne wurde kürzlich, wie das Patentbureau von S. und W. Pataty, Berlin, mitteilt, vor besonders eingeladenen Interessenten eine bedeutende Neuerung im Gebrauch vorgeführt: eine *Wremse*, die es ermöglicht, die ganze maschinelle Einrichtung einer im vollen Betrieb befindlichen Fabrik durch Druck auf einen Kontraktknopf augenblicklich zum Stillstand zu bringen. Die Vorteile dieser Vorrichtung ergeben sich von selbst; sie ermöglicht es, eintretenden Unfällen wirksam zu begegnen, sie bedeutet also eine ganz außerordentliche Erhöhung der Betriebssicherheit und stellt einen praktischen Arbeiterschutz dar. Die Wremse besteht im Wesentlichen aus zwei sich gegenüberstehenden mächtigen Wremsschrauben, die durch einen auf elektrischem Wege auszulösenden Hebel in Tätigkeit gesetzt und so fest auf das Säungrad gepreßt werden, daß dasselbe, einerlei wie groß die Zahl der Umdrehungen ist, nach etwa einer halben Stunde zum Stehen kommt und gleichzeitig auch alle angehängten Hilfsmaschinen plötzlich außer Tätigkeit gesetzt werden. Die Betriebsmaschine erleidet dabei keinen Schaden. Die elektrische Auslösung kann sowohl vom Maschinenhause wie von jedem Arbeitsplatz in der Fabrik aus geschehen, und damit ist also überall die Möglichkeit gegeben, eintretende Unfälle augenblicklich in ihrem Verlaufe aufzuhalten. Die abgelegte Probe hat die Verwendbarkeit und die Vorzüge der Wremse glänzend

bargelhan. In der Heyne'schen Fabrik ist dieselbe an einer Maschine angebracht, die 150 Pferdekraft leistet und 80 Umdrehungen in der Minute macht. Und obgleich die Maschine mit voller Kraft lief, wirkte die Wremse doch derart, daß das Säungrad nur noch eine Viertelumdrehung machen konnte und in 1/2 Sekunde den ganzen Betrieb zum Stillstand brachte. Die Wremse wird in der Maschinenbauanstalt von Gurd Kube in Offenbach a. M. hergestellt und unter dem Namen „Vertules-Wremse“ empfohlen.

Neue Erfindungen. Patent- und technisches Bureau von D. Reichhold, Berlin NW, Luisenstraße 24. Nr. 100 823: Wiese u. Galle. Waifenschafer. Nr. 101 124: Ritter in Basel. Sicherheitsvorrichtung, um dem Plagen der Beschalter bei Zählapparaten vorzubeugen.

Verbandsnachrichten.

An Streikunterstützung ging ein: Von der Städtischen Brauerei Hannover 12,50 M.; von den Kollegen in Frankfurt 20,60 M.; Kollege Dymenbauer, Delbe 1,20 M.; Jauh, Stuttgart 50 Pf.; Frankfurt a. M. 195 M.; aus Dresden: Brauerei Kellert 16 M., Bayerisches Brauhaus 9,55 M., Brauerei Deutschmann 8 M.; aus Heidelberg: Aktien-Brauerei Kleinlein 11,20 M., Schrabbräu 10,50 M.; von zwei Kollegen 2 M.; Sonstiges 2,07 M.; Duisburg 5,60 M.; G. B. 1 M.; S. R. 1 M.; F. R. 1 M.; aus Hannover: Kaiserbrauerei, Biste 33 6,50 M., Bürgerl. Brauhaus, Biste 32 15 M., Hannover. Aktien-Brauerei, Biste 85 6 M., Biste 86 17,82 M., Biste 22 18 M., Biste 23 5,70 M., Brauerei in Wäffel, Biste 30 11,20 M., Herrenhausen, Biste 40 18,50 M., Biste 39 21 M., St. Lagerbier-Brauerei, Biste 31 38,50 M., Bindener Aktien-Brauerei, Biste 29 44,80 M.; von den Bräuern und Böttchern in Zwickau 6,10 M.; Brauerei Engel, Heidelberg 10,50 M.

* **Berlin.** Die Kollegen werden ersucht, die Sammelkisten für die Streikenden und Ausgesperrten unverzüglich an Fritz Preuß, Neue Friedrichstraße 20, abzuliefern. — Am nächsten Sonntag, Nachmittags 1 Uhr, findet die Urania-Vorstellung statt. Gegeben wird „Die Urzeit des Menschen“. Die Kollegen mögen sich mit Einladungen à 60 Pf. versehen.

* **Berlin.** Der Gesangverein „Gefundenahre“ feiert am Sonnabend, den 15. Oktober, im „Englischen Garten“ sein 5. Stiftungsfest. Alle Kollegen und Freunde des Sanges werden hierzu freundlichst eingeladen. — Arbeitslose Kollegen haben freien Eintritt, die Kontrollkarte vom Arbeitsnachweis dient als Legitimation.

* **Bremerhaven.** Vorfigender ist Kollege Welfsch, Oestemünde, Doodstraße 23.

* **Bonn.** Den Vorstz hat vorläufig Kollege Limpfel, Bürgerliches Brauhaus, übernommen, auch zahlt derselbe Unterstützung aus von 11—1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends täglich.

* **Mannheim.** Unterstützung wird jetzt im „Goldenen Ring“ bei S. Stern, H 3, 11, ausbezahlt.

Briefkasten.

Für Inserate haben zu bezahlen: Grunert, Gotha 50 Pf.; Gelme, Wiesbaden 70 Pf.; Sidmann, Altdorf 1,20 M.; Kollegen der Brauerei Zellner, Nürnberg 1,20 M.

Lsh. Essen. Ihr habt doch eine Mitglieder-versammlung! Besten Gruß.

Bl. Bonn. Das Uebrige in nächster Nummer. Besten Gruß. Grunert, Gotha. Man erreicht dadurch meistens das Gegenteil von dem, was man bezweckt. Besten Gruß.

Hamm. Habe weiter nichts erhalten, als was in der Zeitung steht.

W. Berthold, Dieren. Sende Dein Buch hier ein, hier ist am besten aufgehoben. Besten Gruß.

Versammlungs-Kalender etc.

Berlin. Die Monatsversammlung im Oktober fällt aus. Im November findet die Generalversammlung und Neuwahl des Vorstandes statt.

Böblingen. Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden 1. Sonnabend im Monat, nicht Sonntag, im Lokale des Herrn Wilhelm Gant statt.

Dresden. Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im Lokale des Kollegen Freiliching, Drehgasse 8. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller notwendig.

Duisburg. Sonntag, den 9. Oktober: Regelmäßige Monatsversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Essen. Sonntag, den 9. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Felgner. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Vortrag des Kollegen Hausladen-Eberfeld. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Greiz i. V. Sonntag, den 16. Oktober, Nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Brauer- und Böttcherversammlung in Klants Lokal, obere Silberstraße. Tagesordnung in nächster Nummer. Referent: Koll. Freiliching-Dresden. Die Kollegen von Greiz, Eiflerberg, Reichenbach, Wylau, Neißklau, Plauen und Zentroda werden zu zahlreichem Besuche ergebenst eingeladen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Hagen. Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 8 1/2 Uhr: Regelmäßige Monatsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Hamburg. (Sektion der Brauer). Sonnabend, den 1. Oktober Abds. präzis 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Hammonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zu erscheinen.

Hamburg. Die Mitglieder vom Festkomitee werden ersucht, Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Hammonia-Gesellschaftshaus zwecks Besprechung bestimmt zu erscheinen.

Hamm. Sonntag, den 2. Oktober: Monatsversammlung. Die Kollegen von Pippstadt, Soest, Unna, Werl und Greven werden besonders dazu eingeladen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Hellbronn. Freitag, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Frankfurt“, Frankfurter Straße 28. Tagesordnung: „Was haben wir in den letzten zehn Jahren durch die Organisation gelernt?“ Referent: G. Bauer, Vorfigender des Zentralverbandes. — Zu dieser Versammlung sind alle Kollegen, besonders aber die Böttcher, Bierführer und Hilfsarbeiter freundlichst eingeladen.

Mülheim a. Ruhr. Sonnabend, 1. Oktober: Generalversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung zahlreiches Erscheinen notwendig.

Nürnberg. Mittwoch, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Wahl eines 1. Vorfigenden. 2. Die Neueinführungen der Nürnberg-Fürther Brauereien. 3. Verschiedenes.

Oggersheim. Sonnabend, den 1. Oktober 1898, Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokale. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Neuschild. Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags 4 Uhr: Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Eingahlung der Beiträge und Aufnahme. 2. Gesamt-Vorstandswahl. 3. Abrechnung vom 2. und 3. Quartal. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Neußlingen. Sonntag, den 2. Oktober, Nachm. 2 Uhr: Monatsversammlung im Lokale „Zum Gerberthor“. Tagesordnung: 1. Eingahlung und Aufnahme. 2. Verschiedenes. 3. Abschied der zum Militär einrückenden Kollegen.

Zwickau. Sonntag, den 2. Oktober, Nachmittags präzis 2 Uhr: Öffentliche Verbandsmitglieder-Versammlung der Zahlstelle Zwickau im Restaurant „Belvedere“. Tagesordnung: 1. Das bedrohte Koalitionsrecht. Referent: Kollege Georg Freiliching-Dresden. 2. Bericht und Rechnung über das 3. Quartal 1898. 3. Wahl der Revisoren. 4. Organisationsfragen, Verbandsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder, Diskussion. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Restanten werden auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam gemacht. Die Kollegen von Zwickau, Gainsdorf, Werda, Rodemisch, Wernesgrün und Umgebung werden aufgefordert, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Inserate.

Wo befindet sich der Brauer Ernst Brauns aus Halberstadt? Derselbe war bis Mitte August d. J. auf der Adler-Brauerei, Köln-Chrenfeld. Nachricht an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Unserem besten Freunde und Kollegen Xaver Sträussel zu seinem Abschiede von hier ein herzliches Lebwohl!

Die Kollegen der Zahlstelle Essen (Ruhr) und Umgegend.

Georg Forstner, Heiligkreuz bei Crier. Spezialität in Uhren: Regulateure, Subhanuhren, goldene und silberne Aufzehr- und Remontoir-Uhren, ff. Nickeluhren für Taschier, prima Wecker, sämtliche Ketten. Reell, Garantie drei Jahre.

Hannover. Allen Kollegen und Freunden empfehle meine neu eingerichteten

Gasthof u. Restaurant, Schillerstrasse 4. Gute und billige Küche, sowie ff. Bier. — Reines u. gutes Logis zu jedem Preise. Dahe noch besonders auf mein großes Klubzimmer aufmerksam.

Hans Wilhelm, Schillerstr. 4, gerade Straße vom Bahnh. Hochachtungsvoll

Mannheim. Gasthaus „Zum goldenen Ring“, H 3, 11.

Ich erlaube mir, den werthen Kollegen die Mitteilung zu machen, daß ich in meinem Gasthaus einen internationalen Brauer- und Küfer-Verkehr errichtet habe u. bitte die reisenden Kollegen, hiervon Kenntnis zu nehmen. Für gutes Essen, ff. Bier, reinliche Betten, sowie aufmerksame Bedienung ist bestens gesorgt. Reelle Preise.

Hochachtungsvoll **Leonhard Stern.**

Hamburg. Allen Verbandsmitgliedern wird der Brauerverkehr von **P. Meyer, Weststraße 7** (in der Nähe des Berliner und Klosterthor-Bahnhofes), bestens empfohlen. Dasselbst Arbeitsnachweis.

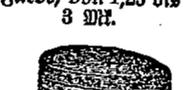
München. Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“, Landsberger Strasse 70-72. Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftszimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Union-Brauerei einer geneigten Beachtung. Mittagsstisch von 40 Pf. an. Achtungsvoll **Josef Hönigschmid.**

C. R. Wittber Chemnitz 28 Müllerstr. 28. Fabrikant der allbekanntesten Chemnitzer Holzschuhe, bezgl. Schlappschuhe, Pfäferschuh, Wälder-Pantoffel.

Gewerkschaftlicher Agitationsverein Ludwigshafen a. Rh. Sämtliche hier durchreisenden Kollegen werden ersucht, in der Zentralherberge

Gasthaus zum Trifels, Bismarckstraße Nr. 1, zu verkehren, woselbst auch die Fachblätter sämtlicher Organisationen aufliegen.

Brauer- und Mälzer-Mützen sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

 Jockey-Mütze in allen Farben, von 1—1,75 M.	 Strand-Mütze in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 M.
 Klapp-Mütze, Stoffmützen von 1 bis 2 M., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 M., Rippschleife 2,50—3 M.	 Steife Brauer-Mütze in Tuch, blau und grün, von 1,75 bis 2 M.

Breite Klappmütze in Sammet, Seide u. Stoff. **Carl Fiedler, Dresden, Schäferstraße 53.**

Georg Gehrig, Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12, liefert die besten

Wo befindet sich der Brauer Franz Sendig? Anfangs dieses Jahres war derselbe auf der Brauerei Weiszenburg, Pippstadt. Nachricht an die Exped. d. Ztg. erbeten.



Drittungs- marken **Markenmarken** **Kaufschul- stempel** sowie alle **Druckarbeiten** in Buch- und Steindruck **Konrad Müller, Schleibitz-Leipzig.** Musterliste Preislisten gratis.

Fort mit den Kostenträgern! **Joh. Dohm** Spezialgeschäft f. Bierbrauer, **Kiel, Winterbeckerstr. 12,** empfiehlt in bekannter Güte: gute, dauerhafte Genden, bunt und normal, Unterhofen, Socken, wollene Westen, Arbeitshofen, Seiden- und Tuchmützen, Holzschuhe, Pfäferschuh, Mälzer-Pantoffeln, große Koffer, Gantoffel, Biertrüge u. f. w. = Preisliste gratis.

Visiten-Karten mit Brauer-Wappen fertigen sauber und schnell an **Dörnte & Löber, Hannover, Burgstr. 9.**